

15. Dezember 2006
Presseaussendung von Greenpeace

Bürgerinitiativen und Umweltorganisationen gründen Lobau-Rechtshilfefonds Autobahngegner lassen sich nicht einschüchtern

Wien – Ab heute gibt es einen Rechtshilfefonds für Aktivisten, die in der Lobau gegen die Errichtung der Lobau-Autobahn und die damit zusammenhängende Wiener Nordostumfahrung demonstrieren. „In Hainburg hat man versucht, den Bürgerprotest mit Holzknüppeln niederzuschlagen, jetzt sind es Rechtskeulen. Wir werden uns nicht einschüchtern lassen, appellieren aber weiter an die Vernunft der Auftraggeber, dieses unfinanzierbare Projekt zu begraben“, so Greenpeace-Verkehrsexperte Jurrien Westerhof.

Nach wie vor sei völlig unklar, mit welchem Geld die Asfinag den Bau von Lobau-Autobahn und Nordostumfahrung finanzieren will. Der Schuldenstand wächst täglich um mehrere Millionen Euro an. „Vor einigen Wochen hat Asfinag-Vorstand Reichhold mitgeteilt, dass sich sein Unternehmen keine Lärmschutzwände mehr leisten könne, mittlerweile gibt es nicht mal mehr für Krötenzäune Geld. Trotzdem hält die Asfinag an ihren Pläne fest, den sündteuren Lobau-Tunnel zu errichten“, so Westerhof.

Seit Wochen jedoch harren Umweltschützer in der Au aus und verlangen eine vernünftigeren und zudem leistbare Verkehrspolitik. „Die Asfinag bricht beinahe unter der Schuldenlast zusammen, sogar das Staatsbudget droht in die Krise hineingezogen zu werden. Aber ausgerechnet jene, die gegen die unfinanzierbaren Pläne demonstrieren, werden nun mit Klagen bedroht. Damit macht sich der Bock selbst zum Gärtner“, so Westerhof.

Um den Einschüchterungsversuchen entgegenzutreten, wurde nun ein Rechtshilfefonds gegründet. All jene, die nicht im Stande sind, selbst in der Lobau zu sein, aber trotzdem die Umweltschützer unterstützen möchten, haben ab sofort die Möglichkeit dazu. „Zahlreiche Menschen haben bereits in der Au protestiert. Jene, die diese Möglichkeit nicht haben, können trotzdem helfen. Gemeinsam werden wir dafür sorgen, dass niemand im Regen stehen bleibt, falls Asfinag oder Wien wirklich klagen“, erklärt Westerhof.

Die Umweltschützer appellieren an die Vernunft bei den zuständigen Politikern und der Asfinag, das unfinanzierbare Projekt endgültig zu begraben. „Selbst aus der Asfinag und dem Verkehrsministerium hat man uns unter der Hand Unterstützung für unser Anliegen zugesagt. Viele der Beteiligten wissen genau Bescheid über die finanziellen Probleme, können sich allerdings gegen die derzeitige Politik nicht durchsetzen. Nun können diese Menschen uns auf andere Weise unterstützen“, schließt Westerhof.

Rechtshilfefonds Lobau
Kto.Nr. 41731000000
BLZ 42110, Marchfelder Volksbank

Jurrien Westerhof
Greenpeace
Siebenbrunnengasse 44, 1050 Wien, Austria
phone 0043-1-5454580-57
telefax 0043-1-5454580-98
mobile 0043-664-6126701